



Antrag

Vorlage: AT/0121/2023		Datum: 29.08.2023	
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI		Az.:
Betreff: Antrag der Stadtratsfraktion Die LINKE-PARTEI: Werbeverbot der Bundeswehr an und in städtischen Objekten			
Gremienweg:			
14.09.2023	Stadtrat	☐ einstimmig ☐ abgelehnt ☐ verwiesen	☐ mehrheitl. Kenntnis ☐ vertagt ☐ Enthaltungen
	TOP	öffentlich	☐ ohne BE ☐ abgesetzt ☐ geändert ☐ Gegenstimmen

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt, ein Werbeverbot für die Bundeswehr an und in städtischen Objekten umzusetzen. Zudem soll geprüft werden, inwiefern auch an und in privaten Objekten ein Werbeverbot umgesetzt werden kann.

Begründung:

Nach der lediglichen Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011 kämpft die Bundeswehr mit sinkendem Personal, sowohl an der Waffe, als auch in Zivil. Zur Kompensation setzt die Bundeswehr vermehrt auf Werbeaktionen an Orten des öffentlichen Lebens. In Koblenz werden dazu Werbeflächen der Stadt gebraucht. Zudem soll in naher Zukunft ein Karrierecenter der Bundeswehr im Forum Mittelrhein eröffnet werden. Aber auch auf der Jobmesse, die in städtischen Gebäuden veranstaltet wird, wirbt die Bundeswehr für sich. Die Zielgruppe der Bundeswehr ist dabei vor allem die der jungen, teils minderjährigen Menschen kurz vor deren schulischen Abschluss. Nach eigenen Angaben traten allein 2022 1773 „junge Frauen und Männer“ in den Dienst an der Waffe ein. Das entspricht knapp 9,4 % der neuen Soldat*innen.¹

2008 forderte der Kinderrechtsausschuss der UN Deutschland auf, entsprechend der von Deutschland 2004 ratifizierten Konvention zu Kindersoldaten das Alter neuer Rekrut*innen auf 18 Jahre anzuheben.² Stattdessen gilt die Bundesrepublik jedoch weiterhin als eines der wenigen Länder, welches noch minderjährige Soldat*innen rekrutiert. Dabei entspricht die Bundeswehr schon längst nicht mehr einer Verteidigungsarmee, sondern vertritt durch Auslandseinsätze mit tödlichen Verlusten außenpolitische Interessen. Zudem stellt die Bundeswehr mit lediglich „mehr als 13%“ Anteil von Soldatinnen und einer steigenden Anzahl rechter Vorfällen nicht das gewünschte Abbild der Gesellschaft dar.³

Die Werbeaktionen der Bundeswehr verharmlosen dabei psychische und physische Folgen die ein Einsatz an der Waffe in all seinen Folgen haben kann.

Um insbesondere noch minderjährige Bürger*innen der Stadt Koblenz zu schützen, sollen städtische Werbeflächen und Objekte nicht mehr für das Werben fürs Sterben der Bundeswehr genutzt werden. Dazu sollen keine neuen Verträge mehr geschlossen werden und gegebenenfalls bisherige, noch laufende Verträge gekündigt werden.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Auswirkungen auf den Klimaschutz: keine

¹ <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/mit-17-jahren-zur-bundeswehr-43470>

² <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/deutschland-ignoriert-un-forderungen-und-verletzt-kinderrechte>

³ <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr>